
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER ZU SCHUTZZONEN

21.03.2019

- Beratungssuchende Frauen dürfen nicht weiter Protestaktionen ausgesetzt sein
- Schnellstmöglich Klarheit schaffen

WIESBADEN – Anlässlich der heutigen Sitzung des Innenausschusses, in welcher das Thema „Schutzzonen vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen“ erörtert wurde, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Marion SCHARDT-SAUER: „Wir sind auch nach der Sitzung des Innenausschusses der Ansicht, dass schnellstmöglich eine Regelung geschaffen werden muss, damit beratungssuchende Frauen nicht weiterhin den Protestaktionen vor Arztpraxen und Schwangerschafts-beratungsstellen ausgesetzt sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, gerade angesichts von Situationen, wie sie sich zum Beispiel in Frankfurt abgespielt haben. Die Freien Demokraten werden daher die Problematik in Angriff nehmen, denn es muss schnellstmöglich Klarheit für die betroffenen Frauen, die Beratungsstellen und die Kommunen geschaffen werden.“

Zum Hintergrund: Aktivisten belästigen mit Mahnwachen Frauen und Männer, die bei Einrichtungen Rat suchen oder dem gesetzlichen Erfordernis nachkommen, sich vor einem Schwangerschaftsabbruch beraten zu lassen. Die „Spießrutenläufe“ für beratungssuchende Frauen sind nicht hinnehmbar und stellen für sie eine schwere Belastung dar. Sie benötigen besonderen Schutz, da sie sich oftmals in einer ohnehin schon emotional belasteten Situation befinden. Die Beratungen müssen in einem sicheren Umfeld stattfinden und vertraulich, ergebnisoffen und ohne Beeinträchtigungen möglich sein.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de